Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf · [Auswärts 15 Pf.] · Nr 2 · A 2 — FREITAG, 2. JANUAR 1931 — MORGEN-AUSGABE · V

Recht zum Selbstvertrauen

Die Ansprachen beim Neujahrs-Empfang des Reichspräsidenten

Die Reden, welche gestern bei dem feierlichen Staatsakte des großen Neujahrsempfanges Reichsregierung und Reichspräsident austauschten, verdienen diesmal besondere Beachtung. Diese Reden sind sorgsam vorbereitete Regierungsakte. Der Reichswehrminister Groener, der als dienstälteste Mitglied des Reichskabinettes den Reichskanzler vertrat, da auch der Vizekanzler abwesend war, hat ein Manuskript zur Verlesung gebracht, das nicht in seinem Ressort ausgearbeitet wurde, sondern das den wohlüberlegten Willen der gesamten Reichsregierung kundgibt. Die Schwere der Entschlüsse, die das Reichskabinett ermögt, wird dadurch unterstrichen, daß der Reichspräsident, der als Staatsoberhaupt entsprechend der Verfassung hervortrat, der Reichsregierung ausdrücklich seine Billigung aussprach.

Die Tonart solcher formellen Staatsakte pflegt sehr gemessen, abgewogen und zurückhaltend zu sein. So will denn auch die Stelle, in der die Reichsregierung ihre Absicht ankündigt, die durch den Neuen Plan Deutschland auferlegten Lasten einer Nachprüfung unterziehen zu lassen, sehr genau gelesen werden. Und sie muß zusammengehalten werden mit einem Satz in der Ansprache des Reichspräsidenten an das Diplomatische Korps, wo von der Aufgabe die Rede ist, durch internationales Zusammenwirken die schweren, allen Völkern gestellten Arbeits- und Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Beim Empfang der Diplomaten spielte überhaupt, nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris, die Wirtschaftskrise und das Arbeitsproblem mit Recht eine große Rolle. So haben selbst diese immerhin ziemlich glattpolierten Staatsakte den Charakter des anhebenden neuen Jahres gleich erkennen lassen: wir treten in ein Jahr ein, in dem die Aufgabe gestellt ist, allen Völkern den Wirtschaftsfrieden zu bringen.

Groeners Rede:

Das vergangene Jahr brachte uns die schicksalsschwere Beendigung der Haager Verhandlungen mit den Abmachungen über den Neuen Plan. Wir mußten uns trotz schwerer Bedenken zur Annahme dieser Regelung entschließen, weil sie eine erhebliche Herabsetzung unserer Zahlungen mit sich brachte, weil sie die ausländischen Kontrollen über Deutschland beseitigte, und endlich weil sie zur Befreiung des Rheinlandes führte.

Seither hat sich jedoch in der gesamten Weltwirtschaftslage eine so tiefgehende Wandlung vollzogen, daß die Reichsregierung vor die ernste Frage gestellt ist, ob das deutsche Volk die in dem Neuen Plan vorgesehenen Lasten zu tragen vermag. Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, dafür zu sorgen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.

Ueber die Gegenwart hinaus wird der 1. Juli des vergangenen Jahres in dauernder Erinnerung bleiben. An ihm wurde das besetzte Gebiet endlich frei von fremder Besatzung; und der Jubel, mit dem die Bevölkerung, die auch in schwersten Stunden niemals in der Treue zum Reich wankend geworden ist, Ihren Besuch begrüßte, hat der Welt gezeigt, wie schwer die Besatzungszeit elf Jahre nach dem Friedensschluß auf unseren Volksgenossen des besetzten Gebietes gelastet hat. Wenn auch das urdeutsche Saargebiet noch immer auf den Tag der Rückkehr zum Deutschen Reich mit Ungeduld harren muß, so ist auch hier der Abzug der internationalen Bahnschutztruppen ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu seiner endgültigen Heimkehr ins Reich. Die berechtigten Klagen und Beschwerden der deutschen Minderheiten haben in unserer Oeffentlichkeit einen starken Widerhall gefunden. Die Reichsregierung teilt und würdigt diese Empfindungen und wird in der Sorge für das deutsche Volkstum jenseits unserer Grenzen eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen.

Schwer empfindet es das deutsche Volk, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung, auf die unser Volk einen selbstverständlichen Anspruch hat, noch nicht gewährleistet ist. Noch immer ist die feierlich übernommene Verpflichtung auf Abrüstung durch die anderen Mächte nicht in die Wirklichkeit umgesetzt, und noch immer muß sich Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlen. Auch hier wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, die ich grade in meiner Eigenschaft als Reichswehrminister zu unterstreichen die Pflicht habe, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Grundsatz gleicher Sicherheit für alle Völker, ohne den eine wahre Befriedung unmöglich ist, sich durchsetzt.

Innerpolitisch wurden die Arbeiten der Reichsregierung, die in den Notverordnungen des Sommers ihren vorläufigen Abschluß fanden, durch die Neuwahlen zum Reichstag unterbrochen. Nach den Wahlen, deren Ausgang für alle Welt sichtbar den auf dem deutschen Volke lastenden wirtschaftlichen und seelischen Druck zeigte, sind sie erneuter Kraft in Angriff genommen und im letzten Monat des vergangenen Jahres einen kräftigen Schritt weitergeführt worden. Dabei lag naturgemäß das Hauptgewicht auf den zur Milderung der Wirtschaftskrise getroffenen Maßnahmen, wobei es sich darum handeln mußte, ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft abzuschwächen und die Umstellung der anderen Berufskreise auf die veränderten Wirtschaftsverhältnisse zu fördern. Die Reichsregierung mußte auf einen Ausgleich der Spannungen innerhalb des Wirtschaftslebens hinarbeiten. Zur Sicherung der erforderlichen Maßnahmen und zur Wiederherstellung des Vertrauens im In- und Auslande mußte der Weg der Notverordnung beschritten werden. Ohne sie wäre es nicht möglich gewesen, das im Interesse von Volk und Vaterland aufgestellte Programm zur Durchführung zu bringen. Mit besonderem Dank wird es das deutsche Volk anerkennen, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, im vollen Bewußtsein Ihrer hohen Verantwortung sich entschlossen haben, die Notverordnungen zu erlassen. Der Dank, den Sie der Reichsregierung und allen ihren Mitwirkenden für ihre Arbeit ausgesprochen haben, wird uns ermutigen, auf der Grundlage des bisher Erreichten weiterzuarbeiten.

Wir hoffen, daß die Auswirkungen dieser Maßnahmen dazu beitragen werden, nicht nur das Staatsgefüge zu festigen, sondern auch der privaten Wirtschaft, die unter den Auswirkungen der Weltkrise besonders schwer leidet, neuen Auftrieb zu geben. Eine solche Wiederbelebung unserer Wirtschaft ist die einzige Möglichkeit, das schrecklichste Uebel der Nachkriegszeit, die Arbeitslosigkeit, einzudämmen, deren Ursache zu beseitigen und deren Folgen zu mildern stets die ernste und dauernde Sorge der Reichsregierung sein wird.

Hindenburgs Antwort

Reichspräsident von Hindenburg erwiderte darauf:

Wenn wir nach alter Sitte heute beim Jahreswechsel in Rückblick und Ausschau Rechenschaft ablegen über unser Tun und Wollen, so müssen wir feststellen, daß Not und Sorgen in seltenem Maße das vergangene Jahr erfüllt haben und auch den Ausblick in die deutsche Zukunft trüb verhängen. Von den Wünschen, mit denen wir hier vor einem Jahr diesen Tag begrüßt haben, hat sich nur der eine erfüllt: Dem besetzten Gebiet ist die langersehnte Freiheit von fremder Besatzung wiedergegeben worden. Wir begrüßen die Räumung der Lande am Rhein als einen Fortschritt auf dem Wege zum wahren Frieden und hoffen, daß bald auch dem Saargebiet der von der gesamten Bevölkerung dort sehnlichst gewünschte Tag der Wiedervereinigung mit dem Vaterlande beschieden sei. Wir gedenken heute in besonderer Herzlichkeit der treuen Saardeutschen, die sich trotz staatlicher Trennung mit uns immer eins fühlen und ungebrochenen Mutes auf den Tag der Rückkehr ins Vaterhaus warten.

Mit voller Zustimmung entnehme ich aus Ihren Worten, daß die Reichsregierung sich der ernsten Lage bewußt ist, wie sie sich infolge der tiefgreifenden Aenderung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zeit entwickelt hat, als wir uns aus den von Ihnen hervorgehobenen Gründen zur Annahme des Neuen Planes entschlossen haben. Auch ich halte es für die

Doumergue für Wirtschaftsverständigung

Silvester-Empfang im Elysée

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 1. JANUAR

Der Präsident der Republik Doumergue hat schon gestern, am Silvesterabend, die Neujahrsglückwünsche des diplomatischen Korps entgegengenommen. Der Sprecher der Pariser Diplomaten, Nuntius Magliane, erklärte in seiner Ansprache, daß die Glückwünsche für das neue Jahr besonders heiß seien, denn das vergangene sei weit weniger gut gewesen, als man hätte erwarten können. Neben schweren Naturkatastrophen seien die Völker von einer Wirtschaftskrise heimgesucht worden, die allen schwere Leiden und Sorgen auferlege. Nur die Zusammenarbeit aller Staaten könne die Rettung aus dieser Krise bringen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit aber sei nicht möglich, ohne die Ruhe und die Sicherheit des Friedens, der selbst Frucht und Belohnung der sozialen und internationalen Ordnung und Gerechtigkeit sei. In weiterzigem Verstehen der gegenseitigen Rechte und Bedürfnisse könne sich allein jenes Gefühl der Brüderlichkeit unter den Menschen als Einzelpersonen und als Völker stärken.

In seiner Antwort betonte der Präsident der Republik, daß in der Tat die Milderung der Wirtschaftskrise durch eine internationale rationelle Organisation von Produktion und Verbrauch die wichtigste Aufgabe der Regierungen im neuen Jahr sei. Der gute Wille der Staatsmänner, fügte Doumergue aber hinzu, könne manchmal schwer gehemmt werden durch die Gewalt der Ereignisse oder durch unvorhergesehene politische und wirtschaftliche Zustände, die die Welt manchmal aus denjenigen Bahnen werfen können, auf die die kluge Erfahrung der Staatsmänner sie hinzuleiten versucht hatten.

Voreilige Kondolenzbesuche

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 1. JANUAR

Heute mittag verbreitete sich in Paris die Falschmeldung, daß Marschall Joffre gestorben sei. Auf diese Nachricht hin fuhren der Präsident der Republik Doumergue, Ministerpräsident Steeg, Justizminister Chéron sowie der Außenminister Briand sofort vor dem Krankenhaus vor, um der Gattin des Marschalls ihr Beileid auszusprechen. Glücklicherweise konnten sie noch rechtzeitig davon verständigt werden, daß die Todesmeldung falsch war.

Der hoffnungslose Todeskampf Joffres dauert an. Das ärztliche Communiqué von heute abend teilt mit, daß der Kranke seit Stunden wieder in eine todesähnliche Ohnmacht verfallen und daraus noch nicht erwacht sei. Seine Kräfte nähmen immer mehr ab. Das Herz leiste noch letzten Widerstand.

Zwei Reichsbannerleute erschossen

Feuerüberfall eines Nationalsozialisten

Neben den in der Silvesternacht üblichen Delikten, über die wir an anderer Stelle berichten, ist es bedauerlicher Weise zu einem schweren politischen Zusammenstoß gekommen, bei dem zwei Angehörige des Reichsbanners durch Schüsse getötet wurden.

In der Husenlandstraße, im Norden Berlins, feierten in zwei nebeneinander gelegenen Häusern Reichsbannerleute und Nationalsozialisten Silvester. Einige Mitglieder der beiden Parteien, die gegen 3/4 Uhr morgens auf die Straße hinausgegangen waren, gerieten in eine Schlägerei, die von beiden Seiten äußerst erbittert geführt wurde, aber zunächst ohne ernstere Folgen blieb.

Etwas später, als sich die Streitenden bereits getrennt hatten, kehrte ein noch unbekannter Nationalsozialist zurück und betrat das Zigarrengeschäft Schneider, in dem die Reichsbannerleute feierten. Plötzlich zog er, ohne daß er in irgend einer Form bedroht oder angegriffen worden wäre, eine Pistole, aus der er schnell hintereinander mehrere Schüsse abgab. Ein Schuß traf den 26 Jahre alten Willy Schneider, Husenlandstraße 31, in den Leib, ein zweiter den 28 Jahre alten Bankbeamten Herbert Graf, Husenlandstraße 35, in den Kopf. Beide Verletzte wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, starben aber sofort nach ihrer Einlieferung. Die Fahndungsmaßnahmen der politischen Polizei haben noch zu keinem Ergebnis geführt.